

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Waldbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis für den Monat Februar Mark 13.00 — frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 13.00.— zuzügl. Postbestellgeld. Einzelnummern 50 Pf. z. Strotdorf Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Waldbad. Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Waldb. Postfachkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum Mk. 80.—, auswärts Mk. 90.—, z. Beklamerzeile 220 Mk. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Inserate u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. Schluss der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. z. In Konturfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachbesserung weg.

Druck der Buchdruckerei Waldbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Waldbad.

Nummer 37

Februar 1923

Waldbad, Mittwoch, den 14. Februar 1923

Februar 1923

58. Jahrgang

Zeichnet für die „Schwäbische Ruhrhilfe“!

Britische Kriegswerbung

Wie Amerika eingefangen wurde.

Dem Hamb. Fremdenblatt wird aus Newyork berichtet: Der neueste Band der „Encyclopädia Britannica“ enthält einen längeren Artikel über Werbearbeit im allgemeinen und Kriegswerbearbeit im besonderen. Die „Encyclopädia Britannica“ ist in den Vereinigten Staaten weit verbreitet. Sie verrichtet hier für England, englische Ideen und englische Bestrebungen sehr wirksame Werbearbeit, und sie macht kein Geheimnis daraus, daß sie auf diese Werbearbeit berechnet ist. Der Verfasser des in Frage kommenden Artikels stand während des Kriegs im Dienste der britischen Werbearbeit, spricht also aus unmittelbarer Erfahrung. Deshalb sind seine Ausführungen von ganz besonderem Interesse für Deutschland, denn drüber weiß man ja am allerbesten, wie die britische Arbeit während des großen Kriegs zum Nachteil Deutschlands die Welt vergiftet, und wieviel sie zur Zerstörung des Siegeswillens des deutschen Volks beigetragen hat.

Der Verfasser leitet seine Ausführungen mit der Bemerkung ein, eines der entbehrlichsten Mittel der Werbearbeit sei die Wahrheit. Als Zweck der britischen Werbearbeit im letzten Krieg gibt der Verfasser an: Beeinflussung der öffentlichen Meinung dahier in den neutralen Ländern, in den Ländern der Verbündeten, in den feindlichen Ländern. Für die Propaganda daheim betrachtet er sogenannte moralische Appelle als außerordentlich wirksam. Wörtlich schreibt er: „Die Werbearbeit wird darauf bestehen, daß der Krieg ein Verteidigungskrieg sei oder wenigstens zu einem selbstlosen Zweck geführt werde, daß der Krieg für die Wohlfahrt der Welt geführt werde und ein dauernder Triumph des Rechts über das Unrecht sein werde. Die skandalöse Aufführung des Feindes, seine unnötigen Grausamkeiten, seine Verachtung des Völkerrechts — das alles sind für die Propaganda Sachen von Wichtigkeit.“

Die Neutralen wurden von der Werbearbeit mit ähnlichen Verlogenheiten bearbeitet wie die Bevölkerung daheim. „Große Sorgfalt muß darauf verwendet werden“, schreibt der Verfasser, „die Notwendigkeit der Schritte darzutun, die in die Rechte der Neutralen eingreifen, oder gar den Neutralen direkten Schaden zufügen. Die gleiche Sorgfalt ist darauf zu verwenden, den Neutralen die Ueberzeugung beizubringen, daß der erstrebte Sieg eine Wohltat auch für sie sein würde.“ Auch in den Ländern der Verbündeten gibt es nach den Ausführungen des Verfassers Aufgaben heikler Natur zu erledigen. Vor allem handelt es sich darum, Interessensstreite nicht aufkommen zu lassen oder, wo sie trotz aller Vorsicht entstanden sind, die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von ihnen abzulenken.

Die Siegesgewißheit, so hören wir von dem Verfasser, wird wesentlich gefördert durch Werbearbeit in den feindlichen Ländern. Ihre Aufgabe ist eine zweifache — sie soll Unzufriedenheit erregen unter den Verbündeten des feindlichen Landes und Unzufriedenheit unter der feindlichen Bevölkerung. Ein beliebtes Mittel dieser Arbeit ist das Einschmuggeln neutraler Zeitungen, die für die Zwecke der Werbearbeit gekauft worden sind. Wie die britische Arbeit im letzten Krieg in dieser Beziehung wirkte, erfährt man aus den vom Verfasser mitgeteilten Einzelheiten. Ihre Veröffentlichungen umfassen eine große Anzahl illustrierter Zeitschriften, Flugblätter und Bücher. Sie unterhielt allein sechs Zeitungen, die alle vierzehn Tage in orientalischer Sprache erschienen. Ähnliche Veröffentlichungen wurden in allen neutralen Ländern Europas unterhalten. In ihrem Auftrage wurden ganze Meilen von Wandbildern fabriziert. Das Londoner Reuters Bureau tabelte jede Woche mehr als eine Million Worte Propagandamaterial über die halbe Welt. Jede Woche wurden vierhundert Artikel per Post an die ausländische Presse geschickt.

Mit großem Lob spricht der Verfasser von der Tätigkeit Northcliffes, der zu Beginn des Jahres 1918 die Leitung der Propaganda in den feindlichen Ländern übernahm, seine Absicht war, die Deutschen dadurch ihren deutschen Verbündeten zu entfremden, daß er ihnen Hoffnung auf Erhaltung ihres Besitzes machte, wenn sie den Wünschen der Verbündeten entgegenkämen; gleichzeitig aber wollte er die Hoffnungen der von Oesterreich weitgetriebenen Ungarn, Tschechen und Jugoslawen nähren. Die Lage wurde dadurch noch verwickelter, daß man Italien, um es für den Eintritt in den Krieg zu gewinnen, die Anwartschaft auf gewisse österreichische Gebietsteile gegeben hatte. Bei seinen Bemühungen, die Deutschen in einen entschlossenen Friedens-

Tagesspiegel

Wesel und Emsmerich sind am Dienstag vormittag von starken belgischen Truppenabteilungen besetzt worden. Die Landstraßen sind von belgischen Militärkolonnen gefüllt.

Das „Echo de Paris“ schreibt, auch die Besetzung von Darnstadt werde sich als notwendig erweisen.

Der Bruder des irischen Innenministers Higgins und Schwager des Generalgouverneurs Healy ist von Sinnfeiern ermordet worden.

Der von der französischen Regierung gemachte Vorschlag, einen 10 Kilometer breiten Streifen im nordwestlichen Besetzungsgebiet der Engländer den Franzosen zu überlassen, wird nach einer Neuermeldung von der britischen Regierung „erwogen“. Die Frage der Ueberlassung der Eisenbahnen bedürfte keiner Antwort, da sie eine „rein akademische“ sei. Das heißt, die Franzosen können die Bahnen zur Kohlenabfuhr nach Weileben benützen. „Wohlwollende Neutralität“.

Ismed Pascha ist in Smyrna eingetroffen.

wollen hineinzumandoerieren, hatte Northcliffe damit zu rechnen, daß er außerstande war, über die Natur des Friedens, den seine Regierung anzubieten geneigt sei, Auskunft zu geben. Auch die vierzehn Punkte Wilsons machten Northcliffe Sorge. Offenbar fürchtete er, zu viel gutmütige Leute könnten das Wilsonsche Programm ernst nehmen, obgleich er zweifellos gewußt hat, daß Wilson selbst es nicht ernst nahm. Wilson hatte auch dem russischen Volk Unverletzlichkeit seines Gebiets zugesichert, Northcliffe versprach den verschiedenen Völkern des ehemaligen zaristischen Reichs das Recht, ihre Regierungsform selbst zu bestimmen und stellte ihnen dafür die Hilfe der Verbündeten in Aussicht.

Man muß den Artikel in der „Encyclopädia Britannica“ gelesen haben, um zu begreifen, wie es möglich war, daß Wilson es wagen konnte, das amerikanische Volk in einen Krieg zu führen, von dem es noch im Herbst 1916 nichts wissen wollte. Northcliffe hat einmal den Ausdruck getan, das amerikanische Volk sei wie eine Herde Schafe, die jedem Leithammel willig folge, ohne viel zu fragen, wohin die Fahrt gehe. Auf diese Ansicht ist die britische Werbearbeit in Amerika eingestellt gewesen, und daß es die richtige Ansicht war, hat der Erfolg bewiesen. Man sagt, England habe sich seine Werbearbeit in den Vereinigten Staaten mehrere hundert Millionen Dollar kosten lassen. Dafür ist der Erfolg billig gewesen. Das amerikanische Volk hat die Blindheit, mit der es auf den britischen Bluff einging, mit dem Verlust von mehreren hunderttausend Menschenleben und einer hübschen Reihe von Milliarden Dollar büßen müssen.

Pfändung der Luftfahrt?

Poincarés nächste Sanktion

Die Eisen- und Stahlblockade scheint nicht der letzte Schlag Poincarés im Ruhrkrieg zu sein. Er hat noch eine ganz besondere Sanktion auf der Pfanne, nämlich eine Pfänderpolitik gegen die deutsche Zivilluftfahrt. Da hierbei doch allzuempfindliche Interessen der Verbündeten und der Neutralen berührt werden, vermeldet Poincaré vorläufig noch militärische Gewaltakte und diplomatische Befehle. Er arbeitet vielmehr mit der teils gefügigen, teils gemehelten französischen Presse und auf dem Umweg über das Publikum. Am 9. Januar d. J., also an dem Tag, da der Ruhrüberfall als erster Schlag der Pfänderpolitik eingeleitet wurde, erschien im „Echo de Paris“ ein Artikel mit dem Titel „Weitere Pfänderpolitik“, scheinbar eine Privatarbeit, gezeichnet von Henri de Kerillis, in Wahrheit von amtlicher Seite veranlaßt. Der Gedankengang des Artikels: Die Pfänderpolitik der französischen Regierung bietet die vielleicht niemals wiederkehrende Gelegenheit, die Gefahr der deutschen Luftfahrt zu beseitigen. Flugmaschinen und Luftschiffe sind für Deutschland ein Luxus. Es hat ja seine Straßen und Eisenbahnen. Der ganze Apparat an Werkstätten, Flughäfen, Schulen, Personal kann über Nacht für einen Luftkrieg umgestellt werden. Statt seine Schulden zu bezahlen, verdrängt Deutschland enorme Summen für die Flugtechnik, um die ihm auferlegten Beschränkungen und Baurezepte zu umgehen. Man zwingt es zur Sparamkeit! Man beschlagnahme jegliche deutsche Luftfahrt!

Eine Woche lang folgten dann tagtäglich im „Echo de Paris“, freundlich gestiftet von der Behörde, „Aeußerungen führender Männer“ zu dem aufmerksamen Thema. Wir

kennen nur: Boucheur, Michelin, Tardieu, Henri de Jouvenel (der erste französische Vertreter beim Völkerbund), auch der bekannte Abbe Wetterlé sowie eine ganze Reihe von fädelkräftigen Militärs und Parlamentariern aus allen Ecken Frankreichs. Alle bestätigten sie dem „verdientvollen Anreger“ im „Echo de Paris“, daß der Augenblick gekommen sei, um die Dummheit wieder gut zu machen, die man im Versailler Vertrag begangen habe, als man die deutsche Luftfahrt am Leben, wenn auch bei schwachem Atem ließ.

Aber dieses Geschreie war nur die Vorbereitung für das, was nun kommen sollte: eine Bittschrift des Publikums an die Regierung, Tag für Tag im „Echo de Paris“ abgedruckt, von der Hammeherde der französischen Provinzpresse nachgedruckt, hergerichtet zum Ausschneiden und Unterschriften sammeln in Familien- und Bekanntenkreisen. So wird das gemacht! Die Listen mit den Hunderttausenden von Namen des reichen Fischzugs erlebte die Regierung feierlich überreicht. Nun hat Herr Poincaré für den geplanten neuen Rechtsbruch ein Instrument in der Hand. Er kann sich auf die sogenannte öffentliche Meinung Frankreichs berufen. Prompt erheben auch im „Echo de Paris“ ein Schluchzort des ganz privaten Herrn H. de Kerillis mit dem Programm: Bis Deutschland seine Schuld an Frankreich gezahlt hat, wird ihm verboten: der Bau von Luftfahrzeugen jeglicher Art, die Errichtung von Flughäfen und Übungsstätten, der Eintritt Deutscher in ausländische Luftfahrtgesellschaften, die Uebernahme russischer, türkischer, bulgarischer, österreichischer, holländischer und griechischer Flugzeuge. In jedem deutschen Flughafen, der für den Handelsluftverkehr der Verbündeten in Betracht kommt, wird auf Deutschlands Kosten ein französischer, wenn es gewünscht wird, auch je ein Kontrolleur der anderen Verbündeten angestellt. Jede bestehende deutsche Flugzeugfabrik erhält einen französischen Ueberwachungsbeamten, den Deutschland bezahlt. Endlich: Die verbündeten Länder erhalten freie Bahn für ihre Flugzeuge über ganz Deutschland.

Diese letzte Forderung, die im Vergleich zu den anderen Ungeheuerlichkeiten noch am wenigsten unverdächtig klingt, hat ihre besondere Bedeutung für Poincaré. Er muß sich nämlich mit seinem neuesten Sanktionsplan beilien: Anfang April beginnt die neue Luftverkehrsperiode. Seit 1. Januar 1923 hat aber Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages wieder das Recht, ausländischen Zivilluftzeugen das Ueberfliegen seines Hoheitsgebets und das Landen in ihm zu verbieten. Es besteht die Absicht, von diesem Recht schon deshalb Gebrauch zu machen, weil die deutsche Flugindustrie mit ihren stark eingeschränkten Maschinen gegen die Siegerkonturrenz der Linien Paris—Strasbourg—Brag—Warschau und Prag—Wien—Budapest—Balkan—Orient der von Frankreich bezahlten Compagnie Franco-Roumaine einfach nicht aufkame. Diese deutsche Absicht, von einem verbotenen Recht Gebrauch zu machen, will Poincaré durch einen neuen unerhörten Rechtsbruch durchkreuzen. Wird er es wagen? Wahrscheinlich wird er den Schritt von seinem „Kriegsstaub“ im Ruhrfeldzug abhängig machen. Der deutsche Widerstand muß sich deshalb verdoppeln, nein verzehnfachen! —r.

Der Reichspräsident in Karlsruhe

M. Karlsruhe, 12. Februar.

Um 3¼ Uhr war der Kleine Festhallsaal der Schaulay einer vaterländischen Kundgebung. Reichspräsident Ebert, das gesamte badische Kabinett, Vertreter des Landtags, amtlicher und wirtschaftlicher Körperschaften aus dem ganzen Land waren anwesend. Auch der würdige Staatspräsident Dr. Hieber war erschienen. Nachdem der badische Staatspräsident Kemmle auf die Wichtigkeit des französischen Vorwands für die Besetzung badischen Gebiets hingewiesen und seitens der badischen Regierung die Versicherung abgegeben hatte, daß Baden unwandelbar zum Reich stehen werde, nahm der Reichspräsident das Wort:

Unter dem Deckmantel der Ausführung des Friedensvertrages haben unsere Gegner trotz unseres durch die Tat bekräftigten guten Willens die Jahre seit dem Waffenstillstand uns zu einem qualhaften Lebensweg gemacht. Was Frankreich und Belgien aber jetzt unternommen haben, ist beispiellos, schändliche Gewalttat, die den Friedensvertrag offen verlegt und die Rechte der Völker, wie der Menschen mit Füßen tritt. Das Ruhrgebiet ist unter willkürlichem Mißbrauch der Waffenmacht besetzt worden, unter dem Vorwand, Deutschland sei mit einigen Prozenten der uns diktierten unerfüllbar hohen Kohlenlieferungen im Rückstand.



badisches Gebiet mit der felsamen Begründung. Deutschland habe zwei internationale Zugzüge eingestellt. Kann man sich einen größeren Hohn auf das Völkerecht denken, als diese Begründung! Um ein paar tausend Tonnen Kohlen mehr zu bekommen, legt man ein kriegerisch ausgerüstetes Heer in Bewegung, das Gewalttat und Bedrohung in ein friedliches, feig schaffendes Land trägt; wegen zweier Zugzüge, die aus Gründen der Kohlenersparnis ausfallen mußten, wird das schöne und fruchtbare Land am Hang des Schwarzwalds unter französische Bajonette gebracht! Wo bleiben da Recht und Freiheit, wo bleiben Menschen- und Völkerrechte, von denen jenseits des Rheins während und nach dem Krieg soviel die Rede war! Ist das der Sinn des Vertrags von Versailles, daß jede der „Siegemächte“ Deutschland willkürlich vergewaltigen und knechten kann? Gegen diese Gewalttaten erheben wir hier erneut vor dem deutschen Volk und vor der ganzen Welt feierlichen Einspruch. Wir legen Verwahrung ein gegen die Bluttaten, die körperliche und geistige Bedrohung und Bedrückung einer friedlichen, arbeitsamen und hart duldenden Bevölkerung. Wir rufen die Welt zum Zeugen an, was tagtäglich an Handlungen der Brutalität und unmenschlicher Willkür in den besetzten Gebieten geschieht. Für alle Deutschen aber ist es heilige Pflicht, zusammenzustehen mit unseren unterdrückten Brüdern und Schwestern; ihnen Hilfe zu leisten, wenn sie es ablehnen, den Eindringlingen Sklavendienste zu leisten; ihnen zu helfen, die harten Tage der Fremdherrschaft zu bestehen. Mit Gefühlen tiefer Dankbarkeit gedenken wir der Beamten, der Arbeiter und der Unternehmer, die in aufopfernder Treue ihre Freiheit und ihre Existenz eingesetzt haben und täglich neu einsetzen, um die gegnerischen Anschläge zu vereiteln. Was sie damit für das deutsche Volk getan haben, wollen wir ihnen nie vergessen. In diesen Tagen, da fremde Gewalt in unser Land hereingebrochen ist, muß alles zurückstehen, was uns an Weltanschauung und politischer Ansicht trennt. Die Opferwilligkeit, die sich in den Spenden zur Ruhrhilfe so glänzend bekundet, soll auch unser Handeln und Denken beherrschen. Dem badischen Volk gilt heute insbesondere unser Gruß. Wir vertrauen, daß es in der gleichen besonnenen Ruhe und Zielbewußtheit fest bleibt, wie unsere Brüder am Rhein und an der Ruhr. Der Schlag, der hier gegen uns geführt wird, richtet sich gegen die Einheit des Reichs. Auch er wird, dessen sind wir gewiß, zerschellen am festen Willen und der sicheren Treue des badischen Volks. Die Zeiten, wo man Nord und Süd in Deutschland trennen konnte, sind vorbei. Wenn wir in diesen Schicksalstagen alle Kräfte zusammennehmen, werden wir auch dieser Anschläge auf unser nationales Leben Herr werden. In dieser entschlossenen, jähren Abwehr erhoffen wir eine bessere Zukunft unseres schwer geprüften Volkes, im Bewußtsein unserer Einigkeit und unseres Rechtes, im Kampf um unsere Freiheit.

Nach dem Reichspräsidenten sprach der württembergische Staatspräsident Dr. Hieber: Die Kunde von dem Eindringen der Franzosen in badisches Gebiet ist von dem schwäbischen Land und dem schwäbischen Volk mit einmütiger Entrüstung aufgenommen worden. Ich überbringe die Versicherung einmütiger, herzlichster Teilnahme an dem Schicksal des badischen Lands und Volks. Mit dieser Entrüstung verbindet sich bei uns die Befürchtung, daß dieser neue Rechtsbruch nicht an den Hängen des Schwarzwalds Halt machen werde. Sollte aber bei den Franzosen die Hoffnung bestehen, und ich glaube, Anhaltspunkte dafür zu haben, daß sie sich solchen Hoffnungen hingeben, zwischen den Norden und den Süden Deutschlands einen wirtschaftlichen Keil zu treiben und dadurch auch politische Trennungslinien zu ziehen, so möchte ich an dieser Stelle vor aller Dessenlichkeit die Versicherung abgeben, daß bei uns zu Lande kein Mensch, ohne Unterschied der Partei, irgendwieweitläßt in der unbedingten Zusammengehörigkeit mit dem übrigen Deutschen Reich und daß man in Frankreich jede, auch die leiseste Hoffnung, begraben muß, irgendwie einen Anhaltspunkt für einen derartigen Verrat zu finden. Wir stehen unbedingt auf dem Boden der Zugehörigkeit zum Reich auf Gedeih und Verderb.

Das feierliche Gelöbde uns unbedingter Reichstreue und unbedingten Ausharrens auch bei weiteren Befehlungen deutschen Landes legte dann im Namen der Stadt Karlsruhe Oberbürgermeister Dr. Finter ab. Ihm folgte Oberbürgermeister Holler aus Offenburg, der ebenfalls treues Aus-

harren der Bevölkerung gelobte. Treuegelöbisse legten ferner ab: Oberamtmann Schaible-Karlsruhe im Namen der badischen Beamenschaft; Oberbürgermeister Dr. Walz-Heidelberg im Namen der Stadt Heidelberg; Handelskammerpräsident Geseil-Karlsruhe im Namen der Industrie und des Handels; Bürgermeister Gugelmeyer-Lörrach im Namen des Badischen Städtebunds; Gemeindevorstand Schäfer für den Verband der Angestellten von Pfalz, Saar und Baden; ferner ein Vertreter der Arbeiterschaft und der Betriebsräte, sowie ein Vertreter des Landesverbands des deutschen Gewerkschaftsbunds; ferner Stadtrat Groß-Mannheim für das badische Handwerk, Rektor Bredig von der Techn. Hochschule Karlsruhe für den Senat der Hochschule, Bürgermeister Neuge für die badischen kleineren Gemeinden, Direktor Müller für die badische Landwirtschaft. Reichsminister Dr. Dezer wies darauf hin, daß ein Heer von französischen Spionen und Spitzeln in Deutschland herumreise, um namentlich in Eisenbahnzügen 3. und 4. Klasse die Stimmung zu verderben. Der Minister schloß mit den Worten:

Ein Volk, ein Wille, ein Ziel!

Ein Schlußwort des badischen Staatspräsidenten beendete die eindrucksvolle Kundgebung. Um 1/8 Uhr fand auf dem Schloßplatz eine Kundgebung vor dem Reichspräsidenten statt, an der sich die Studentenschaft der Techn. Hochschule und eine Reihe von Vereinen beteiligten.

Der Entscheidung entgegen

„Im Kriegszustand“

Newyork, 13. Febr. Die Newyorker Blätter wollen aus Paris erfahren haben, daß die französische Regierung beabsichtige, den Kriegszustand zu erklären, um Deutschland gegenüber volle freie Hand zu haben.

Entwaffnung der Schutzpolizei

Recklinghausen, 13. Febr. Eine französische Abteilung verlangte in der Kaserne der Schutzpolizei die Ablieferung der Waffen. Nach Verhandlungen mit dem Führer wurden die Karabiner und Munition mitgenommen. Die Pistolen wurden der Polizei belassen.

Die Zechen „Ewald“ und „Erkenswink“ sind von den Franzosen mit Gewalt besetzt und drei Mitglieder des Betriebsrats verhaftet worden, die dann wieder freigelassen wurden. Die Bergleute verließen die Schächte.

Regierungspräsident Dr. Haslinger hat bei General Denoignes in Düsseldorf gegen das Wüten des Generals Laiglot Einspruch erhoben.

Ein Fehlschlag

Essen, 13. Febr. Die französische Regierung hat das Verbot der Ein- und Ausfuhr von Industrieerzeugnissen im besetzten Gebiet zurückgenommen oder doch dahin beschränkt, daß der Warenerford einer Genehmigung des Ein- und Ausfuhrbewilligungsamts in Ems und einer Abgabe von 10 Prozent des Werts unterworfen sein soll.

Die Rheinlandkommission hat dieselbe Anordnung für die Ausfuhr von Farbstoffen, Düngemitteln und Samen aller Art aus den besetzten Gebieten getroffen.

Aus Essen und anderen Städten der besetzten Gebiete werden wieder viele schwere Ausschreitungen der Franzosen und Belgier gegen Beamte und die Bevölkerung gemeldet, wobei Schutzwaffen, Bajonette Gewehrrohre und namentlich die Reitpistolen eine Rolle spielten.

Essen, 13. Febr. Der bisher schon stark eingeschränkte Telegraphenverkehr ist seit gestern nachmittag ganz stillgelegt. Ohne schwere Ausschreitungen der Franzosen gegen Beamte und Mitglieder der Schutzpolizei ist es nicht abgegangen.

Kraftwagenraub

Frankfurt a. M., 13. Febr. Über alle von Frankfurt nach dem besetzten Gebiet führenden Straßen sind von den Marokkanern Schlagbäume in den französischen Farben errichtet worden. Kraftwagen, die ahnungslos ins besetzte Gebiet fuhren, wurden unbeantwundet durchgelassen, aber jenseits der Schlagbäume wurden sie von den Franzo-

sen beschlagnahmt. Zahlreiche Wagenbesitzer sind um ihre Wagen gekommen. — Die Beschlagnahme der Kraftwagen wird im ganzen besetzten Gebiet durchgeführt. In Dortmund verlangte der französische General allein für das Kommando weitere 72 Personenkraftwagen, die die Stadtverwaltung in kürzester Frist zu beschaffen habe. Der Oberbürgermeister lehnte es ab und erhob wegen der bereits beschlagnahmten Privatwagen Widerspruch.

Bei Mörsdorf raubten die Franzosen den Packwagen und den Postwagen eines Personenzugs vollständig aus. — Im Bezirk Ludwigshafen ist jeder Güterverkehr nach dem unbesetzten Deutschland auf der Bahn und auf den Straßen gesperrt.

Wiesbaden, 13. Febr. Regierungspräsident Hänisch wurde aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen.

Veruch der konfessionellen Verhehung

Brüssel, 13. Febr. Die Zeitung „20. Jahrhundert“ schreibt, die Befehung Offenburgs sei als Strafmaßnahme deshalb gewählt worden, um einen Keil zwischen Nord- und Süddeutschland einzutreiben. Die Befehung sei zweifellos die Einleitung zum Vormarsch der Franzosen nach der tschechischen Grenze, nach dem Maintal, Würzburg und Nürnberg. Eine derartige Befehungslinie würde das Deutsche Reich in zwei Teile zerschneiden. Die Verbündeten würden also das ganze katholische Deutschland in der Hand haben, bei dem die „Preußen“ besonders verhaßt sind und das uns (Belgier und Franzosen) am wenigsten feindselig gesinnt ist.

Nachdem die Spekulation auf die Klassengegensätze an der Reichstreu der — überwiegend katholischen — Arbeiter des Rheinlands und Ruhrgebiets zerflattert ist, will man es im Feindeslager, wo man übrigens keine Ahnung davon zu haben scheint, wo Offenburg und Nürnberg liegt, mit der konfessionellen Verhehung versuchen, anscheinend ohne zu wissen, daß es in „Preußen“ viele Millionen Katholiken und in Süddeutschland viele Millionen Protestanten gibt. Den katholischen Deutschen die größere Neigung zum Landesverrat zuzutrauen, ist eine empörende Niederträchtigkeit. Sind den Feinden die von glühender Vaterlandsliebe zeugenden Reden und Predigten des Kardinals Faulhaber in München und die Aufrufe und flammenden Proteste des Kardinals Schulte in Köln unbekannt geblieben? Gewiß nicht. Aber auch diese teuflische Spekulation wird sie trügen.

Der Markt in Papiermarkt

Paris, 13. Febr. „Deuvre“ schreibt dadurch, daß in den besetzten Gebieten noch keine besondere Währung geschaffen sei, sei die französische Regierung genötigt, für ihre Zahlungen an Ort und Stelle jeden Morgen 500 Millionen Papiermark zu kaufen. Obgleich dieser Betrag nur etwa der Summe von 300 000 A. entspreche, habe sich doch ein richtiger Markt für die Papiermark mit Händlern ujm. gebildet.

Die deutsche Antwort — kurz und bündig

Berlin, 13. Febr. Auf die Note der französischen Regierung vom 10. Februar, die deutschen Ministern die Einreise in das besetzte Gebiet verbietet, hat die Reichsregierung durch eine Gegennote geantwortet, daß die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Staaten es ablehnen, Vorschriften über das Verhalten ihrer Minister von fremden Regierungen entgegenzunehmen.

Dank des Reichskanzlers an die schwedischen Bischöfe

Berlin, 13. Febr. Der Reichskanzler hat auf das Telegramm der schwedischen Bischöfe mit folgender Depesche an den Bischof Söderblom in Uppsala geantwortet: Tiefbewegt durch die edlen Worte der Teilnahme an der auf uns lastenden Not spreche ich Ihnen, Herr Bischof, und den Bischöfen Schwedens zugleich im Namen der Reichsregierung aufrichtigsten Dank aus. Gleich Ihnen hoffe das deutsche Volk mit jener Zuversicht, die nur aus der sittlichen Kraft erwachsen kann, daß die rechtzeitige Rückkehr der Welt zur Gerechtigkeit, zum Recht und zum gegenseitigen Vertrauen Europa und die menschliche Gesellschaft noch vor dem Untergang bewahren wird. In dieser Zuversicht und mit diesem Wunsch mich mit den berufenen Dienern der Kirche in Schweden eins zu wissen, gereicht mir zur dankbaren Genugung. (Bez.): Cuno.

Gerechtigkeit.

Roman von Eduard Appel.

(Nachdruck verboten.)

„Wir sind Freunde, nicht wahr? gute Freunde; mehr können wir einander nicht sein. Aber das können wir bleiben.“

„Was wollen Sie damit sagen?“

Sie erhob sich vom Sofa und bewegte sich einige Schritte von Borr weg. Dann wandte sie sich nach ihm zurück und antwortete mit fester Stimme: „Daß es auch damit zu Ende wäre, wenn ich sprechen wollte.“

Borr schweig und legte die ausgebrannte Zigarette auf den Aschenbecher. Dabei fiel sein Blick auf das auf dem Tischchen liegende Bild Reginas. Er nahm es in die Hand, sprang überrascht auf und betrachtete es voller Bestürzung.

„Ich habe das größte Vertrauen zu Ihnen, aber —“

„— aber da endet es schon.“

„Das muß ich allein tragen.“

„Sagen Sie das nicht. Sehn Sie, manchmal drückt einen ja etwas, ich weiß das aus eigener Erfahrung, es vertreibt einem den Schlaf, es raubt einem alle Ruhe, man glaubt, es müsse einen vernichten — aber es ist in Wirklichkeit gar nicht so furchterlich, als man es sich vorstellt, und wenn man den Mut hätte, sich einem guten Freunde mitzuteilen, möchte man mit Erstaunen erkennen, wie unnütz man sich gequält hat.“

Währenddem trat Rudolf, vom beendigten Dienste heimgekehrt, ins Zimmer.

„Wer ist das?“ fragte Borr, das Bild nochmals in die Hand nehmend.

„Wie? Du kennst sie? Servus Hans! Grüß dich, Klara!“ rief Rudolf, Gut und Ueberred von sich werfend.

„Wer ist das?“ wiederholte Borr, immer das Bild starr betrachtend, — seine Frage.

„Eine Tänzerin,“ antwortete Klara.

„Eine — Tänzerin?“ verwunderte sich Borr. „Wie heißt sie?“

„Wallner,“ klärte ihn Rudolf auf.

„Regine?“ rief Borr hastig heraus.

„Ja wohl, Regine,“ antwortete Rudolf. „Aber woher kennst du sie?“

Borr legte das Bild wieder auf den Tisch und erwiderte, sichtlich kämpfend:

„Wir sind verwandt. Wie kamst denn du zu ihrer Bekanntschaft?“

Rudolf hatte sich auf einen Sessel geworfen.

„Seh dich doch, Hans,“ forderte er diesen auf.

„Wie ich zur ihrer Bekanntschaft komme? — Nein zufällig. Vom Kaffeehaus.“

„Sie sind mit ihr verwandt?“ mischte sich jetzt Klara ins Gespräch, nicht ganz ohne Mißtrauen.

„Ja. Ihre Mutter und meine waren Schwestern.“

„Ah! rief Rudolf, „also eine Cousine? Und du weißt gar nicht, daß sie hier ist?“

„Wir haben schon lange keine Fühlung miteinander.“

„Na, da mußt du mit mir zu ihr gehen. Heute noch. Sie wird sich gewiß freuen.“

„Ist sie nicht schön?“ fragte Klara lauernd.

„Sie war es immer.“ stimmte Borr zu — „aber sie ist noch bedeutend schöner geworden.“

„Du mußt sie erst selbst sehen,“ sagte Rudolf.

„Nehmen Sie sich vor ihr in acht,“ scherzte Klara. Dann entschuldigte sie sich und ging. Als sie fort war, sagte Borr voll Besorgnis, während er sich niederlegte:

„Bemerkst du es nicht, Rudolf, daß Klara gar nicht gut aussieht?“

„Freilich bemerkte ich es. Ich mache mir täglich Gedanken darüber.“

„So entschlichst dich.“

„Ja, ja; die Leisfarbe der Armen. Sie sollte halt nicht so viel bei dem Kassen dort sitzen.“

Er deutete dabei mit dem Kopfe auf die Nähmaschine.

„Gewiß! Die Nähmaschine ist nichts für sie.“

„Gott! Man muß halt leben, so lange man eben lebt. Mein magerer Gehalt langt leider allein nicht aus.“

Er erhob sich und trat zum Fenster.

Draußen lag bereits schwarze Nacht über der Erde. So schwarz breitete sich das Schicksal über ihr Leben aus. Was hatten sie denn verbrosen, daß es sie so zerkaufte? Und wenn der Vater wirklich unschuldig war, wie kamen sie dazu, ihren ehrlichen Namen einzubüßen? O! es war schrecklich hart. Und er sah es voraus. Einmal würde Klara, dieses liebe Geschöpf, unter der schweren Bürde zusammenbrechen und sie verloren noch diesen schwachen Halt, sie verloren ein so teures Wesen.

Borr war aufgestanden und hinter Rudolf getreten. Er legte ihm die Hand auf die Schulter und sagte treuherzig:

„Daß es gut sein, Rudolf, ich stehe fest zu euch, ich verlasse euch nicht.“

Rudolf wandte sich nach dem Freund um, erfaßte seine beiden Hände und drückte sie herzlich.

„Hab Dank, Hans. Vielleicht brauchen wir dich noch.“

Da ging die Tür auf.

Eine Dame in hochfeiner Kleidung stand auf der Schwelle.

„Verzeihung,“ sagte sie mit klangvoller Stimme — „wo komme ich —“

Sie unterbrach sich plötzlich und rief freudig:

„Ah! ich bin da!“

Die beiden Herren hatten sich bei den ersten Worten der Dame rasch nach der Tür gewandt und Rudolf eilte ihr jetzt entgegen:

„Gina!“ rief er in hellem Entzücken, ihr die Hände entgegenstreckend — „wie kommst du hieher?“

(Fortsetzung folgt.)

Der Reichspräsident in Mannheim

Mannheim, 13. Febr. Der Reichspräsident, die Reichsminister Deier und Dr. Albert und Staatspräsident Remmele sind heute vormitt. 10 Uhr im hiesigen Rathaus eingetroffen.
Kollenburg, 13. Febr. K a t h o l i z m u s. Die Bischöfe der Tschechoslowakei haben auf Antrag des Kardinalbischofs von Prag beschloffen, für die deutschen Schulen ihrer Diözesen den neuen Kottener Katechismus einzuführen.

Nichtsnutzige Verdächtigungen

Berlin, 13. Febr. Es werden Gerüchte ausgesprengt, als ob die Sammlungen für das Volksoffer in Deutschland nicht für die Kollidenden, sondern zur Beschaffung von Waffen verwendet werden. Demgegenüber wird amtlich festgestellt, daß die Verteilung des Volksoffers von einem großen Ausschuss, an dessen Spitze der Reichsfanzler steht, und der aus allen Parteien zusammengesetzt ist, überwacht wird. Schon in voriger Woche wurden durch die französische Nachrichtenagentur Havas solche Verdächtigungen verbreitet.

Für die besetzten Gebiete

Berlin, 13. Febr. Die Deutschen in Schanghai (China) haben als erste Gabe für die besetzten Gebiete 70 000 Goldmark (nach dem Umrechnungskurs in engl. Pfund etwa 420 Millionen Papiermark) abgestand.

Der Kreislandbund Beeskow-Storkow (Brandenburg) hat 270 Ztr. Mehl und 8 Millionen Mark in bar gemeldet.

Der Deutsche Offizierbund überwies dem Reichsfanzler als ersten Beitrag 1 Million Mark.

Von Reichsdeutschen in Oesterreich und österreichischen Bereinigungen sind für die besetzten Gebiete aus Wien und Linz in den letzten Tagen 95 Millionen Kronen eingegangen.

Nach englischen Blättern beabsichtigt die französische Regierung, den Reichskommissar in Rheinland, Fürst v. Hagfeld seines Amtes zu entheben, da er andauernd Befehle aus Berlin erhalte. (Wie es selbstverständlich ist, darum ist er Reichskommissar.) England wünsche, daß die „Frage“ der Postkammerkonferenz vorgelegt werde.

Neue Nachrichten

30 Milliarden Kredit für den Zuckerrübenanbau

Berlin, 13. Febr. Um zu vermeiden, daß in diesem Jahr die Zuckerrübenanbaufäche in Deutschland geringer werde, beabsichtigt das Reich, einen vorläufigen Betrag von 30 Milliarden Mark für die Zuckerrübenanbau zu bewilligen. Die Zwangswirtschaft bedingt es, daß der Zucker in gewissen Mengen in den Zuckerrüben lagert. Die Zuckerrübenanbauer sehen sich außerstande, die Zuckerrübenlandwirte zu bezahlen, und diese drohen mit einer Beschränkung der Anbaufläche für 1923. In den Kreisen der Zuckerindustrie erklärt man, daß mit einem Betrag von 30 Milliarden nicht gedient sei.

Frankreich gegen die Abrüstung

Genf, 13. Febr. Der Völkerbundsausschuss für Abrüstungsbeschränkung hielt in voriger Woche eine geheime Sitzung ab, in der über den Abrüstungsplan des Engländers Cecil beraten wurde. Frankreich und Italien lehnten die Vorschläge scharf ab. Viviani erklärte, Frankreich werde niemals einwilligen, da es von Deutschland bedroht sei, das im Friedensvertrag selbst zugegeben habe, daß es am Krieg schuld sei. Viviani reiste nach Paris ab. Bestern fand eine weitere geheime Sitzung ohne Viviani statt.

Viel Geschrei und wenig Wolle.

London, 13. Febr. Die Blätter schreiben, bei der neuen Tagung des Unterhauses am Montag erwarte man große politische Redeschlachten. Außer der Arbeitslosenfrage werde die britische Politik gegenüber der Besetzung des Ruhrgebiets, die Kriegsschuldfrage, die Beziehungen Englands zu Frankreich, das Scheitern der Friedenskonferenz in Lausanne, die Beziehungen zur Türkei, Moskau, das Schuldenabkommen mit den Vereinigten Staaten u. a. zur Sprache gebracht. Der Arbeiterführer Ramsay MacDonald werde einen harten Kampf gegen die politische Uebermacht führen. Bonar Law werde Erklärungen über das französische Vorgehen im Ruhrgebiet, die Entschädigungen, die Verbandschulden und die Orientfrage abgeben.

Macdonald sagte in einer Volksrede, eine der wichtigsten Ursachen der Arbeitslosigkeit in England sei die Entschädigungsfrage. Die Arbeiterpartei werde im Parlament einwirken, nicht um Frankreich zu bekämpfen, sondern um das Parlament zu überzeugen, daß die Politik der Arbeiterpartei allein Europa und Amerika aus den Schwierigkeiten retten könne.

Deutscher Reichstag

Das Notgesetz

Berlin, 13. Februar.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker begründet den Entwurf des Notgesetzes, das der Regierung gewisse Vollmachten zur Eindämmung des Alkoholverbrauchs, der übermäßigen Lustbarkeiten, zur Bekämpfung des Wuchers und zur Abhilfe der Wohnungsnot der Frühlinge aus den besetzten Gebieten überträgt. Der Minister erklärt, dem organisierten Krieg der Gewalt sehe Deutschland den einmütigen entschlossenen Willen der Abwehr bis zum Letzten entgegen. Der Reichstag müsse der Bevölkerung am Rhein zeigen, daß er hinter ihr steht.

Abg. Sollmann (Soz.): Das Schlemmen sei zu verbieten, aber Franzosen und Belgier dürfe man nicht allgemein ausweisen. Der Vollmacht könne die Sozialdemokratische Partei nicht zustimmen. Die Regierung müsse unter der demokratischen Ueberwachung bleiben. Hoffentlich komme die Stimmung von 1914 nicht wieder.

Abg. Ersing (Ztr.) weist die Versuche, einen Keil in die Abwehrfront zu treiben, zurück. Der einmütige Widerstand der Ruhrbevölkerung erfülle das ganze deutsche Volk mit Stolz und Bewunderung.

Die Vorlage wird dem Rechtsausschuss überwiesen.

Württemberg

Stuttgart, 13. Febr. Unsinnige Gerüchte. Staatspräsident Dr. Hieber erklärte einem Zeitungsvertreter gegenüber, die im Land umgehenden Gerüchte, daß die würt. Regierung mit den Franzosen Sonderabmachungen über die Kohlenversorgung und andere Dinge treffen werde, seien b a r e r U n s i n n. Württemberg stelle sich unbedingt hinter

die Politik des Reichs; die Regierung denke nicht an Sonderverhandlungen und habe auch kein diesbezügliches Angebot bekommen.

Die Gerüchte sind auf eine Rede des Arbeitsministers Keil in einer sozialdemokratischen Versammlung in Marbach am 4. Februar zurückzuführen, die in auffallend starkem Gegensatz zu der bisher von der würt. Regierung kundgegebenen Stellungnahme zur gegenwärtigen Reichsregierung stand. Minister Keil behauptete u. a., die Regierung C u n o habe das deutsche Volk in die gegenwärtige gefährliche Lage „hineingesteuert“; die Gefahr hätte sich umschiffen lassen, wenn die Sozialdemokratie in der Reichsregierung wäre. Deutschland müsse die ihm auferlegte Kriegsschuld erfüllen, zu Verhandlungen mit Frankreich bereit sein usw. Staatspräsident Hieber hat dagegen wiederholt im Landtag und sonst, z. B. neuestens in Karlsruhe, erklärt, die Forderungen Frankreichs seien absichtlich als unerfüllbar „aufgestellt“; würde es den Franzosen gelingen, den deutschen Widerstand zu brechen, so hätte Deutschland den Krieg zum zweiten Mal verloren. Ähnlich sprach sich auch Reichspräsident Ebert in Karlsruhe aus.

Stuttgart, 13. Febr. Die leidige Straßenbahn. Die Straßenbahndirektion gibt heute bekannt, daß sie vom 14. Februar an die Fahrpreise um nicht weniger als die Hälfte erhöht und daß für Monatskarten für den Rest des Monats 1200 bzw. 1500 Mark nachzuzahlen sind. Der Wut über die endlosen Preissteigerungen ist in Stuttgart allgemein.

Die Fahrpreise betragen für einmalige Fahrten 150, 180, 220 und 250 Mark. Im Betrieb werden einschneidende Aufhebungen von Postämtern. Das Postamt 14 in Siultgar (Hohenheimerstraße) und Postamt 3 in Cannstatt (Paulinenstraße) werden aufgehoben, weil der Verkehr infolge der andauernden Gebührenerhöhungen so stark abgenommen hat, daß es nicht mehr lohnt, in diesen Stadtteilen besondere Postämter zu unterhalten. Eine Sammlung des Personals des Postbediensteten für das Deutsche Volksoffer für die besetzten Gebiete ergab 562 000 Mark.

Die Schweinehaltung durch Stuttgarter Milchhändler wird künftig von der Genehmigung durch das Lebensmittelamt abhängig gemacht, wodurch die Verfütterung von Milch verhindert werden soll.

Weinsberg, 13. Febr. Gasvergiftung. Die 18jährige, in Heilbronn bedienstete Tochter Luise des Weingärtners Häberlein wurde in ihrem Zimmer tot aufgefunden. Sie scheint mit dem Gasbrenner in Berührung gekommen zu sein, sodass das Gas ungehindert ausströmen konnte.

Weinsberg, 13. Febr. In den Ruhestand. Der verdienstvolle Leiter und Vorstand der hiesigen Weinbauversuchsanstalt Prof. Dr. Weisner ist in den Ruhestand getreten.

Oberndorf a. N., 13. Febr. Gemeindefürsorge. Die Stadtgemeinde bringt durch die Bäckereien und den Konsumverein je 2 Pfund Brotmehl, 2 Pfund Roggenmehl und 5 Pfund Weizenmehl auf den Kopf der versorgungsberechtigten Haushaltungsmitglieder zum Gesamtpreis von je 5000 .M zur Ausgabe.

Oberndorf, 13. Febr. Strenge Strafe. Die Bauersfrau Elisabeth Haberkroch vom Fehrenbühl bei Lauterbach wurde vom Schöffengericht zu 100 000 .M Geldstrafe wegen Milchfälschung verurteilt. Die Haberkroch, die in guten Vermögensverhältnissen steht, hatte der Milch 21-28 Prozent Wasser zugefügt und sie bis zu 96 Prozent entrahmt.

Mergenheim, 13. Febr. Schurkenstreich. An dem im vergangenen Jahr aufgestellten Erinnerungsdenkmal in Herbschaufen wurden an einem sterbenden Krieger eine Hand und das Gewehr abgeschlagen.

Verbot des Tragens politischer Abzeichen im Dienst. Da das Tragen politischer Abzeichen im Dienst durch Beamte zu unerwünschten Auseinandersetzungen, namentlich im Schalterverkehr mit dem Publikum geführt hat, ist seitens des Reichspostministeriums Veranlassung genommen worden, das Tragen derartiger Abzeichen (Hakenkreuze, Sowjetsterne, farbige Schleifen usw.) zu untersagen.

L.C. Butterwucher. Die Käseereien im Oberland werden seit der neuesten Preissteigerung auf dem Fettmarkt von Hamsterern geradezu überlaufen. Bis von Porzheim her kommen sie und wissen in beweglichen Worten die Notlage der Städter zu schildern und die Unmöglichkeit, bei den heute geltenden Butterpreisen noch Butter zu kaufen. Nur selten werden die zudringlichen Personen abgewiesen. Der Erfolg einer Tagesstour ist oft ein Butterberg von einem Zentner. Diese Butter wird aber keineswegs den armen Leuten in den Städten um billigen Preis zugeführt, sondern sie wird zu jeweiligem Tagespreis auf den Markt gebracht. So können an einem Zentner solcher Butter bis zu 200 000 Mark brutto verdient werden. Diesem wilden Handel wärs mit allen Mitteln die Lebensfähigkeit zu unterbinden.

Baden

Karlsruhe, 13. Febr. Nach einem heftigen Wortwechsel mit der Ehefrau eines Kollegen erschoss ein hiesiger Beamter die Frau und dann sich selbst.

Etlingen, 13. Febr. Im Auftrag der badischen Regierung hat das Tiefbauunternehmen Bruchsal-Obst die Bohrungen nach Erdöl hinter der ehemaligen Kaserne begonnen.

ep. Der Islam in Deutschland. Während des Kriegs wurde im Gefangenenlager in Wandsdorf bei Berlin für mohammedanische Kriegsgefangene eine Moschee erbaut. Im Anschluß daran hat sich jetzt in Berlin selbst eine „Islamgemeinde“ als Missionsmittelpunkt für die Verbreitung des Islam zusammengeschlossen. Diesem Zweck dient eine von dem Vorstand Prof. Sabbar Rheiiri aus Delhi herausgegebene Zeitschrift „Islam, ein Wegweiser zur Rettung und zum Wiederaufbau.“

Die neuen Postgebühren. Der Reichstag hat der Verdoppelung der Postgebühren ab 1. März zugestimmt. Die Postkartengebühr für den Fernverkehr wurde auf 40 Mark festgesetzt.

Besetzungskosten einst und jetzt

Die Besetzung Frankreichs nach Beendigung des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71 begann am 3. März 1871 und endete nach einer Dauer von 30 1/2 Monaten am 16. September 1873. Sie umfaßte in dem Gebiet zwischen dem linken Rheinufer und der französischen Obergrenze zunächst 19 Departements. Dank dem Entgegenkommen Deutschlands bei dem Berliner Vertrag vom 12. Oktober war die Besetzung schon Anfang November 1871, das heißt vier Monate, bevor Frankreich die ersten zwei Milliarden der Kriegsschuldtauna vollständig bezahlt hatte, auf die sechs

Ostdepartements und das Gebiet von Belfort beschränkt und die Besetzungstärke auf 50 000 Mann und 18 000 Pferde herabgesetzt. Die gesamten Kosten für die deutsche Besetzung betragen 340 737 500 Franken. Im Durchschnitt fielen auf einen Mann der Besetzungstruppen monatlich 101 Franken oder täglich 3,31 Franken. Verteilt man die Gesamtkosten der Besetzung auf die damalige Einwohnerzahl Frankreichs, so kommt auf den Kopf der sehr geringe Betrag von 9,43 Fr.

Betrachtet man nun die Kosten für die französische Besetzung des deutschen Gebiets für einen gleichen Zeitraum, vom Tag des Waffenstillstands bis zum 31. März 1921 ohne Berücksichtigung des Sanctionsgebiets, so ergibt sich ein wesentlich andres Bild. Um einen genauen Vergleich herstellen zu können, muß man natürlich diese Besetzungskosten ebenfalls in Goldfranken umrechnen. In der angegebenen Zeit betragen sie 5 530 685 825 Goldfranken. Der angegebene Zeitraum umfaßt jedoch nur 28 Monate, für 30 1/2 Monate, d. h. für die gleiche Zeit wie die deutsche Besetzung nach 1871 dauerte, ergibt das 6 024 497 057 Goldfranken. Auf den Kopf der Besetzungstruppen entfallen heute monatlich 1097, oder täglich 37,14 Franken. Dies ergibt gegenüber den Besetzungskosten von 1871/73 eine Mehrausgabe von 996 Franken monatlich oder 33,83 Franken täglich für jeden einzelnen Soldaten. Die Gesamtkosten der Rheinlandsbesetzung übersteigen demnach die Kosten der Besetzung Frankreichs nach dem Kriege 1870/71 für den Mann und den Tag um das 11,2fache, während die Gesamtkosten sogar 17,6 mal größer sind.

Merlei

Ein Milliardenprozeß. Prinz Friedrich Leopold von Preußen hat ein Besitztum in Lugano (Schweiz), auf dem er sich gesundheitshalber in den Jahren 1920 und 1921 aufhielt. Im März 1921 beschlagnahmte der damalige sozialistische Finanzminister in Preußen, Lüdemann, das ganze Privatvermögen des Prinzen, wodurch dieser in die größten Zahlungsschwierigkeiten geriet. Er mußte in der Schweiz Geld aufnehmen und die Gefahr stand vor der Tür, daß seine Vermögenswerte versteigert würden. Der Schweizer Bundesrat erhob Vorstellungen beim Auswärtigen Amt in Berlin und die Reichsregierung legte dem jetzigen preussischen Finanzminister dringend nahe, die Angelegenheit zu ordnen. Der Minister erklärte sich dazu bereit. Die Verbindlichkeiten betragen rund 1,6 Millionen Schweizer Franken, nach dem damaligen Kurs etwa 16 Millionen Mark. Diese Summe wurde von der preussischen Staatsbank an die Schweizer Gläubiger ausbezahlt, wofür das Vermögen des Prinzen haftete. Am 15. Juli 1922 erhielt er von der Staatsbank den Bericht, nach dem die Schuld mit Zinsen auf 18 Millionen Mark angelaufen war. Der Prinz erbot sich, die Summe sofort zu bezahlen, wenn ihm die gepfändeten Güter und Summen zurückgegeben werden. Nach monatelangen Verhandlungen verlangte nun aber der Finanzminister nicht 18 Millionen Mark, sondern 1,6 Millionen Schweizer Franken. Der Franken war inzwischen um rund das Tausendfache gestiegen, so daß die Schuld 12 Milliarden betragen hätte. Der Prinz klagte gegen den Finanzminister. Die Rechtsgutachten, die von Universitäten eingeholt wurden, erklärten, der Prinz habe das Darlehen des preussischen Staats in deutscher Mark erhalten und der Finanzminister habe dies durch Ueberforderung des Kontoauszugs der Staatsbank selbst zugegeben. Es verstoße gegen Treu und Glauben und gegen die guten Sitten, wenn nun statt der gegebenen Mark Schweizer Franken verlangt werden, um einen ungerechtfertigten Gewinn von fast 12 Milliarden Mark zu machen. Das Gericht verurteilte den Finanzminister zur Anerkennung, daß nur der Markbetrag zurückzuerstatten sei. Die Prozeßkosten wurden dem Staat auferlegt.

Die Kirchennot in Sachsen. Von den rund 100 Pfarrern in Dresden sind schon mehr als 20 in Banken und kaufmännischen Kontoren, einer als Fabrikarbeiter beschäftigt. Sie können ihre geistlichen Obliegenheiten nur noch im Nebenamt ausüben. Im übrigen Teil des Landes ist der Prozentsatz noch höher.

Ein Strohhalm soll ... neulich ein Statistiker herausgerechnet hat, bei den gegenwärtigen Futtermittelpreisen eine Papiermark kosten.

Kein Starkbierauschank in München. Die bayerischen Brauereien sind stillschweigend übereingekommen, wegen der Schwere der Zeit keinerlei Starkbierauschank zu veranstalten. Das bereits eingebraute Starkbier, darunter auch das Salvatorbier wird der Ausfuhr überwiesen werden.

Die Heringsfänge in der Lübecker Bucht, die anfangs voriger Woche einsehnten, sind nur von kurzer Dauer gewesen. Der nach Südosten umgekehrte Wind hat die Schwärme in die See vertrieben. Es wurden aber Riesenfänge gemacht, so an einem Tag 700 000 Pfund, die einen Wert bis zu 350 Millionen Mark erbrachten. Zu diesen Riesenfängen stehen leider die im Kleinhandel geforderten Preise in einem trassen Verhältnis. Es wurden für das Pfund 600-650 .M gefordert, und nun ist der Preis schon auf 800 .M gestiegen.

Landesverräter. Auf Veranlassung der Reiterden im Schnellzug Hannover-Berlin wurden der im Zug befindliche Schlosser Bruno Peter aus Spreewald und der Ingenieur Reinhold Brandt aus Mariendorf verhaftet. Sie hatten unter den Reisenden für Frankreich und die Ruhrbesetzung Stimmung zu machen versucht. Solche bezahlte Spitzel schickt die französische Regierung zu Hunderten im Reich herum. In Effen wurde ein Spitzel von dem empörten Publikum furchtbar verhöhnt und auf die Polizeiwache gebracht.

Preßevergehen. Wegen eines Vergehens gegen das Gesetz zum Schutz der Republik, begangen durch Veröffentlichung von zwei Artikeln in der „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ wurden vom Schwurgericht die Redakteure Albert Schreiner und Max Hammer zu 6 bzw. 4 1/2 Monaten Gefängnis, sowie zu je 100 000 .M Geldstrafe verurteilt.

„Ich möchte mein Gewehr an den Mäulern der Vögel zerbrechen!“ Unter den Vereinen der ehemaligen Kriegsteilnehmer in Belgien führen die sozialistischen im Banner das Bild eines belgischen Soldaten, der sein Gewehr über den Anien zerbricht. Diese Verherrlichung des pazifistischen Gedankens erregte natürlich in den nationalistischen Kreisen Belgiens tiefe Entrüstung. Nun hat ein belaischer Zeichner, der auf den woffständenden Namen „Oche“ hört, die Verurteilung in sich gespürt, dieser Entrüstung künstlerischen Ausdruck zu verleihen und ein anderes Bannerbild zu schaffen, welches einen belgischen Soldaten mit gehobenem Gewehr darstellt. Unter diesem Bild sind die Worte zu lesen: „Ich möchte mein Gewehr an den Mäulern der Vögel zerbrechen!“ Der Verband der nationalistischen ehemaligen Kriegsteilnehmer in Belgien hat jetzt beschloffen, ein Banner mit diesem Bild zu schmücken, und der belaische General De-

mercier hat vom König den Auftrag erhalten, dem Verband ein mit diesem Bild „gezierter“ Banner zu übergeben. Glücklicherweise, so schreibt „Der Deutsche“, hat zu diesem Bild keiner seiner besessenen Soldaten Model gestanden, die in Reih und Glied beim Herannahen ein deutsches Feuerwehrgespanne, die sie für einen Tank hielten, in ein derartiges Entsetzen gerieten, daß sie, von Panik ergriffen, die Waffen wegwarfen und die Hände in die Höhe hielten.

„Lustige Geschichten“ erzählt Ernst Niggemann im neuesten Heft der „Gartenlaube“. Wir wählen davon die folgende Anekdote:

Schlagfertig.

Der Major Knackstiel und der Oberleutnant Eichelberg konnten sich durchaus nicht vertragen, und jeden Abend beim Schoppen hielten sie sich. Der Major war nervös, der Oberleutnant bärenruhig, der Major konnte Hunde nicht ausstehen, der Oberleutnant liebte diese, und ganz besonders seinen langhaarigen großen Schäferhund Ivo, innig.

Eines Abends stiegen sie wieder „den Stammtisch rund“, wie Busch so schön sagt; der gute Hund Ivo hat seinen Herrn getreulich begleitet und sich unter dem Tisch gelagert, zufällig in der Nähe des Herrn Majors. Dieser ärgert sich darüber und sagt zum Oberleutnant: „Nehmen Sie doch Ihren greulichen Käber von mir weg, Eichelberg! Weiß Gott, ich glaube, ich habe schon Flöhe!“

Worauf Eichelberg zu seinem Hund sagt: „Ivo, geh da weg. Herr Major hat Flöhe!“ Der Major war blatt und zog es nun doch vor, mit dem schlagfertigen Oberleutnant und dessen Hund einen Kompromißfrieden zu schließen.

Spiel und Sport.

Einigungsbestrebungen zwischen Turnen und Sport.

fr. Noch immer ist zwischen den Turn- und Fußballvereinen keine Einigung erzielt, obwohl diese dringend erforderlich wäre, sollte der ganzen Sportfrage nicht schwerer Schaden zugefügt werden. Die in Bayern verbreiteten Nachrichten, wonach dort die Streitfrage vor dem Abschluß steht, findet auch im Brandenburgischen erfreulichen Widerhall. Nach einem Beschluß ist der B.V.V. mit dem Kreis III der F.V., dem B.V.V. und dem Kreis I des F.V. in Verbindung getreten, um die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der vier Verbände unter dem Namen „Brandenburgischer Verband für Leibesübungen“ vorzuschlagen. Man hofft, von diesen neuen Verhandlungen, die in kurzer Zeit beginnen sollen, eine endgültige Beilegung des Streits. Das von B.V.V. erlassene Startverbot sowie die verhängten Disqualifikationen sind für die Dauer der Verhandlungen aufgehoben worden.

Um die Bezirksmeisterschaften.

In Stuttgart fand zwischen dem badischen Kreismeister, dem 1. F.C. Pforzheim und dem württembergischen Meister, den Stuttgarter Kickers das Rückspiel um die württ.-badische Bezirksmeisterschaft statt. Von städtischem Beck verfolgt, konnten die Stuttgarter nur ein unentschiedenes Ergebnis (1:1) erzielen, womit der 1. F.C. Pforzheim mit 3 Punkten Bezirksmeister wurde. Mehr als 12 000 Zuschauer, darunter viele Anhänger Pforzheims, verfolgten mit Interesse den spannenden Kampf, in welchem sich die Pforzheimer Verteidigung glänzend schlug. — In Frankfurt errang der Fußball-Sportverein Frankfurt gegen die Offenbacher Kickers mit 2:1, in München Böhmi-Ludwigshafen gegen Böhmi-Mannheim mit 3:1 die Meisterschaft, während in Wiesbaden der Sportv. Wiesbaden gegen Borussia Neunkirchen nur ein Unentschieden erzielte und die Entscheidung um die Meisterschaft des Bezirks Rheinhesen-Saar einem dritten Spiel vorenthalten bleibt.

Kreisligaspiele.

In Ulm gewinnt der Stuttgarter Sportklub gegen den Ulmer F.V. 94 mit 2:1, womit sich die Stuttgarter die Anwartschaft auf die Bezirksliga gesichert haben. Die Begegnung B.f.V. — Sportfreunde wird als letztes Spiel die endgültige Platzierung bringen. Gewinnt B.f.V., so ist die Oberliga besetzt mit: Stuttgarter Kickers, Feuerbach, Heilbronn, Sportklub. Gewinnt Sportfreunde, so haben sich Heilbronn und Sportklub ein Entscheidungsspiel zu liefern, wobei der Sieger in der Oberliga bleibt. Endet das Spiel unentschieden, so wird zwischen Heilbronn, Sportklub und Sportfreunde ein Entscheidungsspiel erforderlich. — In den Ligaspielen in Nordbahren lieferten sich M.T. B. Fürth und Würzburger Kickers ein unentschiedenes 1:1-Spiel.

Süddeutsche Privatspiele.

In Augsburg siegte der Turnverein Augsburg gegen Karlsruher F.V. 3:1; in Nürnberg der Nürnberger F.V. gegen Jahn Regensburg 6:2.

Voren.

Walter Vahl gestorben. Der bekannte süddeutsche Leichtathletenmeister im Voren, Walter Vahl, ist in Stuttgart an einer Blutvergiftung, die ihn vor Wochen befiel, gestorben. Mit Vahl hat der württembergische Vortsport einen anerkannt tüchtigen Vertreter verloren.

Ningen.

Im Zirkus Busch in Stuttgart finden zurzeit Ringkämpfe der bedeutendsten deutschen Berufsämpfer um die Meisterschaft von Süddeutschland statt. Von den sehnigen Gestalten fällt vor allem Hans Steink, der Regerringer Lambula und v. d. Heyd angenehm auf. Sehr spannende und sportlich hochstehende Kämpfe halten die Zuschauer im Bann und alle Kämpfer haben sich, mit Ausnahme des derben Polen Urbansky, Sympathien erworben.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 13. Februar: 28 320,00 (28 571,20). 1 Pfd. Sterling 129 075, 100 holl. Gulden 1 092 260, 100 Schw. Franken 521 198, 100 franz. Franken 170 821, 100 belg. Franken 150 871, 100 ital. Lire 133 865, 100 österr. Kronen 39,20, 100 holl. Kronen 82 293, 100 poln. Mark 70, 100 M.

Der deutsche Außenhandel. Nach Mitteilungen des Statistischen Reichsamts beträgt schätzungsweise im Jahr 1922 der Wert der Einfuhr nach Deutschland 6,2 Milliarden, derjenige der Ausfuhr 4 Milliarden Goldmark. Die Handelsbilanz von 1922 ist daher mit fast 2 1/2 Milliarden Goldmark passiv.

Die Reichsanstalt-A.G. beabsichtigt wieder eine Kapitalerhöhung um 520 Millionen Mark, die von den Gründern (Reich, Staat, Württemberg und Baden und Firma Bruchmann-Heilbronn) übernommen werden. Die letzte Kapitalerhöhung von 300 auf 500 Millionen Mark fand im Juni 1922 statt.

Die Tabaksteuer hat von April bis Ende Dezember 1922 17,7 Milliarden Mark ausgebracht, 61 Prozent über den Voranschlag des ganzen Jahres.

Der Mähmaschinenverband setzte neue Brattoppreise fest, die für Garbenbinder 3 852 000 M., für Getreidemäher 1 790 000 M. und für Grasmäher (4 1/2 Fuß normal) 1 792 500 M. betragen.

Die neuen Eisenpreise in Süddeutschland. Die Südd. Eisenwerke (Mannheim) verzeichnen als neue Lagerpreise ab 7. Febr. für je 1 Kilo Formeisen (jeweils in Mark): 1405—1580 (S. N.-Aufpreis 240), Stabstahl 1509—1504 (250), Unio. 1628—1712 (272), Bandstahl 1798—1882 (272), Grobblech 1697—1779 (290), Mittelblech 1890—1974 (298), Feinblech 2145—2229 (298), unter 1 Millimeter 2238 bis 2317 (292); Ueberpreise mit 3000 v. S. Aufschlag.

Neue Erhöhung der Zementpreise. Die Verhandlungen der Zementverbände wegen Neufestsetzung der Zementhöchstpreise sind Ende der vorigen Woche nach der „Abn. Ztg.“ zu keinem Abschluß gelangt, da der Reichswirtschaftsminister gewisse Einsprüche geltend machte. Man erwartet nunmehr Anfang dieser Woche den Abschluß der Verhandlungen. Es wird mit einer Erhöhung um schätzungsweise 750 000 M. für 10 Tonnen gerechnet. Die Kalkpreise werden neuerdings erhöht.

Weizenmehlpreis der Eödd. Mählvereinigang am 13. Febr.: 230 000 M. die 100 Kilo.

Märkte

Stuttgarter Schlachthofmarkt, 13. Febr. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 40 Ochsen, 27 Bullen, 210 Jungbullen, 215 Jungrinder, 318 Kälber, 363 Kälber, 428 Schweine, 8 Schafe, 4 Ziegen. Unverkauft blieben 7 Kälber und 100 Schweine. Erlös aus je 1 Jtr. Lebendgewicht: in 1000 M.: Ochsen 1. 225—245 (letzte Markt: 180—190), 2. 170—210 (130 bis 170); Bullen 1. 195—210 (155—170), 2. 170—188 (130—150); Jungrinder 1. 220—245 (180—190), 2. 185—210 (155—170), 3. 155 bis 175 (130—150); Kälber 1. 155—175 (130—145), 2. 125—150 (102 bis 125), 3. 135—175 (70—90); Kälber 1. 265—290 (195—200), 2. 230 bis 260 (175—185), 3. 220—245 (150—170); Schweine 1. 280 bis 290 (280—300), 2. 255—270 (205—275), 3. 215—250 (230—265). Verkauf des Marktes: Bei Großvieh und Kälbern lebhaft, bei Schweinen langsam.

Teure Schafweide. Die Gemeinde Neckartorck (Waden) erstellte für die Schafweide nahezu 6 Millionen Mark.

Stuttgarter Börse, 12. Febr. Im Zusammenhang mit dem Rückgang der Devisenkurse trat auch an der Börse heute eine Abschwächung ein. Die Verkaufsaufträge waren nicht drängend, vielmehr war im amtlichen Verkehr eine gewisse Widerstandskraft zu verzeichnen, die Stimmung infolgedessen keine ausgesprochen laue zu nennen; vielfach haben sich die Kurse gut behaupten können. Im allgemeinen hat der Umfang des Geschäfts nachgelassen. — Auf dem Markt der Wertpapiere zeigte sich ebenfalls ein Abkühlen der Geschäftslage bei niedrigeren Kursen. — Bankaktien: Hypothekbank 7900, Notenbank 35 000 (33 000), Bankaktien 9500 (9200), diese wurden heute letztmals gehandelt, in Vereinsbank, die heute bei Bezugsrecht zu handeln waren, kam eine Notiz, nicht zustande. Brauereiwerte: Pfauen 9000 (8000), Hohenloern 25 000 (22 000), Walle 15 500 (16 500), Ehinger 7500, Reffenwerner 13 000. Metallaktien: Hohner 30 000, Feinmechanik mangels Material gestiegen, Junghans 20 000 (36 000), Metallwaren 45 000 (40 000). Maschinenwerte: Dalmier 20 000, Laupheimer 50 000, Keller 24 000, Ehinger 22 000 (30 000), Neckarsulmer 33 000 (30 000). Spanneaktien: Unterbau 65 000, Erlangen 45 000, Biehlheim 55 000 (60 000), Kolb-Schäfer 32 000 (40 000), Kochen 38 000 (40 000), Hitz 35 000 (38 000), Kallan 84 000, Feinindustrie 7000. Ueberige Werte: Anilin 55 000 (67 000), Heidelberger Zement ohne Notierung, Köln-Rottweil 35 000 (43 000), Krumm 12 000 (13 500), Salzwerk Heilbronn 120 000 (105 000), Stuttgarter Zucker 23 000, Mannheimer Öl 36 000 (40 000), Zieglerwerke 50 000 (45 000). Württembergische Vereinsbank.

Stuttgarter, 12. Febr. Landesproduktionsbörse. Das Geschäft beschränkte sich auf den dringendsten Bedarf. Es notierten je 100 Kilo ab württ. Station in 1000 Mark: Weizen 130—140 M. (am 5. Febr. 135—145), Sommergerste 92—104 (95—105), Hafer 65—80 (70—80), Weizenmehl Nr. 0 240—250 (245—260), Brotmehl 275—290 (290—245), Kleie 60—65 (65—70), württ. Heu 40—44 (38—42), drockgepreßtes Stroh 40—44 (38—42) M.

Mannheimer Produktionsbörse, 12. Febr. Die Börse verkehrte in ruhiger Haltung. Geordert wurden für die 100 Kilo bahnfrei Mannheim alles in 1000 Mark: Weizen 130—140, Roggen 115, Braugerste 105—115, Inland, Hafer 89, Mais 125, Weizen 43 bis 46, Luzerne Kleben 50—52, Preßstroh 42—44, gebundenes Stroh 40, Weizenkleie 65, zweite Hand Weizenmehl 185—200 M.

Märkte

Mannheimer Schlachthofmarkt, 12. Febr. Zugeführt waren und wurden nach Zentner Lebendgewicht verkauft: je in 1000 M.: 170 Ochsen 120—250, 140 Bullen 150—230, 764 Kälber und Rinder 100—250, 358 Kälber 200—250, 61 Schafe 90—120, 821 Schweine 270—350 M. Tendenz mit Großvieh ruhig, langsam geräumt, Kälber mittelmäßig, ausverkauft, Schafe lebhaft, Schweine ruhig, Ueberhand.

Neußlingen, 12. Febr. Fruchtpreise. Auf der Schranne notierten je der Zentner: Weizen 40—70 000, Gerste 44—50 000, Hafer 29—35 000, Unterländer Dinkel 48 000, Ober Dinkel 41 bis 47 000, Roggen 38 000.

Schweinepreise. In Känzelsau kostete das Paar Milchschweine 150 000—230 000 M., in Ulm ein Milchschwein 90 000 bis 120 000 M., ein Läuferchwein 170 000 M.

Vödingen, 12. Febr. Dem Schweinemarkt waren zugeführt 180 Milch- und 5 Läuferchweine. Der Handel war lebhaft; alles wurde verkauft. Der Preis für ein Milchschwein betrug 90 000—110 000 M., für ein Läuferchwein 130 000—150 000 M.

Zucker-Versorgung.

Die Zuckerzuckerberechtigten werden wiederholt aufgefordert, sich für die kommenden 5 Monate Februar bis Mai 1923 bei einem Kleinhändler ihrer Gemeinde zwecks Versorgung einschreiben zu lassen. Zu diesem Zweck ist der zweite Bestellabschnitt der Zuckerlisten mit den Marken Nr. 5 bis 8 ohne Verzug dem Kleinhändler, bei dem der Zuckerbedarf gedeckt werden will, zu übergeben. Sofern die Einschreibung nicht längstens bis 16. Februar ds. Js. erfolgt, wird angenommen, daß die betreffenden Zuckerberechtigten sich durch die seitherigen Kleinhändler versorgen lassen wollen.

Die Kleinhändler ihrerseits werden aufgefordert, sofort nach dem 16. Februar bei der Gemeindebehörde die vorgeschriebenen Bescheinigungen einzuholen und solche unverzüglich dem Großhändler zu übergeben. Verspätete Vorlagen werden nicht mehr berücksichtigt.

Neuenbürg, den 12. Februar 1923.

Kommunalverband:
Wagner.

Bekannt gegeben.

Stadtschultheißenamt Wildbad.

Spenden für die Ruhrländer

sind weiter eingegangen:

Stadt-Apotheke: Joh. Fr. Treiber 500, Ungen. 1000, Karl Schmid, Sohn des Tagl. R. Schmid (1/2 Silb.-Mark aus seiner Sparte.) 1500, Chr. Kempf 5000, Ungen. 2000, Rath 1000, Ungen. 500, Leopold 3000, Fr. Koch 1000, Ungen. 1000, Ungen. 1000, Disconto-Gesellschaft 34 000, Ungen. 300, J. Bäder 2000, 2 Arbeiter der Papierfabrik 1000, Harter z. „Enzho“ 1500.

Wildbader Tagblatt: Von den Angestellten u. Arbeiter Metallwerte Wildbad 7600, Wilhelm Gall 500, Alb. Eitel 500, G. R. 500, Ungen. 1000, Sch. R. 500, Erlös des Kirchenkonzerts 53 000.

Apotheke zusammen . . . 591 300 M.
Tagbl.-Geschäftsstelle . . . 315 603 M.
insgesamt . . . 906 903 M.

Brotarten-Abgabe.

Die Abgabe der Brotarten findet für die Nummern
1—600 morgen vormittag 9—12 Uhr,
601—Schluß morgen nachmittag 2—5 Uhr
im unteren Rathausaal statt.
Stadt. Lebensmittelamt.

Dankagung.

Der Ertrag des Kirchenkonzerts für die Ruhrhilfe beläuft sich auf 53 000 M. Diese Summe ist heute der Geschäftsstelle des Tagblatts übergeben worden. Herrn und Frau Dr. Fischer sowie Herrn Wolfgang Fischer wird hiemit herzl. Dank gesagt; ebenso allen Besuchern, insbesondere denen, die durch Ueberzahlungen zu obigem schönen Ergebnis mitgeholfen haben, auch dem „W. Tagbl.“ für die unentgeltliche Aufnahme der Anzeigen.
Ev. Stadtpfarramt: Dr. Federlin.

Stoffe! Stoffe!

Es ist bei mir jedem die Möglichkeit gegeben,

sich seine Velleidung: Anzüge, Paletots, Schlupfer, Sport-, sowie Jünglings- u. Burtschen-Anzüge, ferner jegliche Herrenbekleidung in jeder Machart anzuschaffen. Für guten Sitz und Verarbeitung wird garantiert. Außerdem empfehle ich mich im Waschen, Amändern, Reparieren und Aufbügeln, schnell und billig! Besuch lohnend! Auswahl am Lager! Besuch lohnend!

Mein Geschäft befindet sich jetzt
Ecke Höfener- und Kriegsstraße.

Hans Wurster .. Herren- .. Schneiderei .. Calmbach

Liederkrantz Wildbad.

Am Samstag, den 17. Februar findet im Gasthaus zur „alten Linde“

außerordentliche Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:

Beitragserrhöhung.
Verschiedenes.

Hiezu werden die Ehren-, passiven und aktiven Mitglieder zu zahlreicher Beteiligung eingeladen.

Der Vorstand.

Heute abend 8 Uhr

Singstunde

im Lokal.

Homöopath Maier

hält Sprechstunde in Wildbad jeden 1. u. 3. Freitag im Monat in der Kochstraße bei Giplermstr. Fischer.

Klavier

zu mieten gesucht.

Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Düten u. Beutel,

sowie

Einwickelpapier

empfehle billigst

E. Reinhardt.

Medicinal-Lebertran,

das hervorragende Kräftigungsmittel.
A. u. W. Schmitz, Med.-Drogerie.

Eine guterhaltene

Kinderbettlade

wird zu kaufen gesucht.

Zu erfragen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Gummistempel

Stempelkissen

liefert stets rasch und billig

Buchdruckerei

Wildbader Tagblatt.